

**Bezugspreis:** für Leipzig und Weimar monatlich 1 Mark, für den Rest des Reiches 1 Mark 20 Pf., für den Ausland 1 Mark 50 Pf. (Kontant). — Einjahrspreis 12 Mark, für den Rest des Reiches 13 Mark 20 Pf., für den Ausland 15 Mark 50 Pf. (Kontant). — Vierteljahrspreis 3 Mark, für den Rest des Reiches 3 Mark 50 Pf., für den Ausland 4 Mark 50 Pf. (Kontant). — Halbjahrspreis 6 Mark, für den Rest des Reiches 6 Mark 50 Pf., für den Ausland 7 Mark 50 Pf. (Kontant). — Anzeigenpreis: für die erste Zeile 100 Pf., für die zweite 80 Pf., für die dritte 60 Pf., für die vierte 40 Pf., für die fünfte 30 Pf. (Kontant). — Anzeigenpreis: für die erste Zeile 100 Pf., für die zweite 80 Pf., für die dritte 60 Pf., für die vierte 40 Pf., für die fünfte 30 Pf. (Kontant).

Die Redaktion trägt nicht die Verantwortung für den Inhalt der Anzeigen.

**Anzeigenpreis:** für die erste Zeile 100 Pf., für die zweite 80 Pf., für die dritte 60 Pf., für die vierte 40 Pf., für die fünfte 30 Pf. (Kontant). — Anzeigenpreis: für die erste Zeile 100 Pf., für die zweite 80 Pf., für die dritte 60 Pf., für die vierte 40 Pf., für die fünfte 30 Pf. (Kontant).

### Suchomlinow und die Schuld am Weltkriege

Von Dr. Johannes Mißbach.

Die Unterredung mit dem früheren russischen Kriegsminister Suchomlinow, die den folgenden Ausführungen zugrunde liegt, wirft wieder ein neues Licht auf die Vorgänge, die zum Ausbruch des Weltkrieges führten. Es ist begreiflich, daß Suchomlinow sich und sein Land zu entlasten sucht. Ob er dabei im Recht ist oder nicht, wird erst die unparteiische Nachprüfung der Vorgänge im Juli 1914 ergeben, die der Verfasser selbst fordert. Mit diesem Vorbehalt gehen wir das Folgende wieder als einen Beitrag zur Frage nach der Schuld am Kriege.

Man hat in Deutschland heute begriffen, daß die Frage nach der Schuld am Weltkriege von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die internationale Intelligenz, soweit sie nicht chauvinistisch ist, begnügt sich nicht mit der Feststellung, der etwa Lloyd George den klaffenden Ausdruck gegeben hat, indem er sagte, die Staatsmänner aller Staaten seien in den Krieg gefohrt. Danach wären die Verantwortlichkeiten für den Krieg, die europäischen Spannungen letzten Endes am Kriege schuld, nicht ein einzelner Fürst oder Diplomat, geschweige denn ein Volk. Aber solange unsere Feinde die These von der Schuld Deutschlands aufrecht erhalten, solange sie nicht zugucken wollen, daß die Unterchrist unter dem Schwelpparagraphen des Versailler Friedens zu Unrecht erzwingen wird, solange muß die deutsche Presse und öffentliche Meinung immer wieder Beweise für die nicht alleinige Schuld Deutschlands suchen und proklamieren.

In dieser Hinsicht sind die Angaben Suchomlinows, des russischen Kriegsministers vor dem Weltkrieg, der in den entscheidenden Julitagen 1914 neben dem Jaren, dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch und Sasonow in Petersburg im Mittelpunkt stand, von größter Wichtigkeit. Er wird in Deutschland vielfach als der eigentliche Schuldige hingerufen, er sei Deutschlands Feind und die treibende Kraft zum Kriege gewesen. Vor wenigen Tagen war in einer angesehenen deutschen Zeitung zu lesen, der Jar habe den Befehl gegeben, die Mobilisierung sofort einzuführen. Dieser Befehl wurde jedoch von General Suchomlinow (gestorben im größten Elend im Jahre 1919) unterdrückt. So brach der Krieg aus.

Jah kann versichern, Suchomlinow lebt, er lebt froh seiner 73 Jahre in körperlicher und geistiger Frische. Die eben zitierte Lokmeldung, die ich ihm kürzlich bei einer Besprechung zeigte, freute ihn als ein gutes Omen. Die Memoiren Suchomlinows, die er teils im Gefängnis während seines Prozesses und dann unter der provisorischen Regierung Kerenski und unter den Bolschewiki, teils nach seiner Flucht in Finnland geschrieben hat, werden nächstens erscheinen. Man darf sie mit höchster Spannung erwarten. Ich gebe im folgenden in kurzen Zügen den Inhalt einer Besprechung mit Suchomlinow wieder.

Suchomlinow ist kein Deutschenfeind, er teilt ungefähr den Standpunkt Duménils, daß zwischen Rußland und Deutschland keine direkten Reibungsflächen vorhanden seien. Es gab auch neben ihm in Petersburg keine Militärpartei, die 1914 den Krieg mit Deutschland wollte; auch schon deshalb nicht, weil man sich in den maßgebenden Kreisen klar war, daß die russische Armee damals zu einem Krieg gegen die Mittelmächte ganz und gar nicht bereit war. Diese Tatsache stimmt übrigens überein mit den Überzeugungen der Militärs in Berlin und Wien, deren Politik zum Teil von dem Glauben beherrscht war, Rußland sei außerstande, 1914 einen Krieg zu führen, seine drohende Haltung sei ein Einschüchternsversuch gegen Oesterreich.

Also nicht der Wille zum Krieg trieb Rußland, aber es wollte nicht zulassen, daß Oesterreich Serbien überfiel, verkleinerte oder seiner staatlichen Selbständigkeit beraubte. Als die serbische Antwort auf das österreichische Ultimatum vom 23. Juli 1914 so entgegenschoss und bedrohend ausfiel, wie sie es tatsächlich ist, und Oesterreich trotzdem an Serbien den Krieg erklärte, sah man das in Petersburg als eine Böswilligkeit und Reizung auch gegenüber Rußland an.

Es scheint nicht unbegreiflich, daß die russischen Politiker von ihrer Auffassung von dem Verhalten Oesterreichs gegen Serbien und Rußland Folgerungen auch für die deutsche Politik zogen. Sie waren der Meinung, Kaiser Wilhelm II. könne auf Oesterreich jeden bedehigen Druck ausüben, er könne also die Wiener Politik in ihren Hauptrichtungen bestimmen; kurz man glaubte in Petersburg nicht, daß die Politik Oesterreichs im Juli 1914 die Selbständigkeit hatte, die ihr damals tatsächlich von deutscher Seite gelassen war, obwohl das Deutsche Reich alle Folgen mit tragen mußte. So nehmen die Russen an, daß in Berlin die gleiche Böswilligkeit und Reizerei bestand wie in Wien. Auf die österreichische Kriegserklärung an Serbien folgte die russische Teilmobilisierung gegen Oesterreich vom 29. Juli. Durch ein Telegramm Kaiser Wilhelms II. veranlaßt, fragte der Jar telephonisch bei seinem Kriegsminister an, ob die Teilmobilisierung gegen Oesterreich „angehalten“ werden könnte. Suchomlinow erklärte, die Teilmobilisierung könne nicht aufgehoben, höchstens aufgehoben, also rückgängig gemacht werden. Ein Befehl dazu ist aber nicht ergangen. Direkte Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg auf Veranlassung des Deutschen Kaisers schienen die Spannung zu mildern. Da geht in Petersburg am 30. die Nachricht des russischen Vertreters in Berlin, des Herrn Sverbejew, ein, daß Deutschland mobilisiert habe. Darauf erfolgt die allgemeine Mobilisierung in Rußland. Am 24. Stunden später durch eine Depesche von Jugoslawien die russische Nachricht demontiert wurde, war der Teilmobilisierung Befehl ergangen. Eine Zurücknahme oder ein

Auffhalten der Teilmobilisierung war auch jetzt nach übereinstimmenden Versicherungen der militärischen Fachleute gegenüber dem Jaren nicht mehr möglich.

Wie die irrige Nachricht einer deutschen Teilmobilisierung am 30. Juli zustande gekommen ist, wird noch zu untersuchen sein; ihre Wirkung auf die Petersburger Politik ist in den Veröffentlichungen über die kritischen Tage des Juli fast nirgends zu finden. Die Wirkung ist nur zu verstehen, wenn man die unheilvolle Furcht, die sowohl die deutschen als auch besonders die russischen Staatsmänner beherrschte, in ihrer ganzen Stärke ins Gewicht fallen läßt; es ist die Furcht, daß beide Staaten den Krieg wollten und nur durch geschickte diplomatische Verhandlungen das wahre Ziel verbargen. Die Angst, daß der Gegner zuvorkomme, hat jedenfalls die Entscheidung der letzten Tage wesentlich beeinflusst.

## „Bayern will sein möglichstes tun“

Dr. von Rahr zur Frage der Einwohnerwehren

München, 31. Mai. In der heutigen Sitzung des Staatshaushaltsausschusses des bayerischen Landtages gab Ministerpräsident von Rahr über die Einwohnerwehrfrage folgende Erklärung ab:

Die bayerische Staatsregierung ist in Übereinstimmung mit der Reichsregierung entschlossen, in Erfüllung des Ultimatum in der Entwaffnung der Einwohnerwehren ihr möglichstes zu tun, wobei der Termin tunlichst eingehalten wird. Dagegen hat sie sich nicht entschließen können, ihre bisherige Auffassung, daß die Einwohnerwehr nicht unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages und nicht unter das Gesetz vom 22. März 1921 fallen, aufzugeben. Die Reichsregierung ist gebeten worden, diese Auffassung den alliierten Mächten mitzuteilen und nach Möglichkeit zu verteidigen. Diese hat sich dazu bereit erklärt. Je nach der Stellungnahme der Entente wird die Reichsregierung weitere Entscheidungen von sich aus treffen, wobei eine lokale Stellungnahme der Staatsregierung selbstverständlich ist.

Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten verkündete sich der Landtag am eine Stunde. Dann erklärte Abg. Stange das Einverständnis der Koalitionsparteien mit der Erklärung des Ministerpräsidenten. Die Koalitionsparteien sprachen der Regierung das Vertrauen aus und hielten das Vertrauen, daß der Ministerpräsident, bezieht von den edelsten Absichten für Reich und Land, jenseitigen Weg gehen werde, der durch die Lebensinteressen des Reichs und des geliebten Bayernlandes vorgezeichnet sei.

Abg. Timm (Soz.) bemerkte, in der Frage der Entwaffnung und der Einwohnerwehren hätten sich der Ministerpräsident und die Koalitionsparteien in vollständiger Übereinstimmung ihrer Politik zu der Einschauung bekannt, die von der sozialdemokratischen Partei in der Entscheidung der durch das Reichsgesetz der Entente geschaffenen Zwangslage und eingedenk der staatlichen Notwendigkeit vertreten worden seien. Die sozialdemokratische Partei habe an der Durchführung der von der Regierung eingegangenen Entnahmungsbeschlüssen konsequent mitgewirkt. Trotz der klaren Sachlage laide aber die heutige Erklärung des Ministerpräsidenten am Widerspruch und Unvollständigkeit, weil für die Auflösung der Einwohnerwehren der Reichsregierung die alleinige Verantwortung zugeordnet werde. Seine Partei verlange, daß alle Bestimmungen restlos und entschieden durchgeführt werden.

Abg. Enderl (Komm.) wandte sich gegen die Regierungserklärung. Die Einwohnerwehren seien nur ein Instrument für die Regierung, um das Proletariat niederzuknüppeln.

Abg. Gareis (L. S. D.) wandte sich gegen die Auffassung der Mehrheit sozialistischer, als ob der Ministerpräsident seinen früheren Standpunkt geändert habe. Seine Partei habe von Anfang an die Auffassung vertreten, daß die Einwohnerwehren gemäß Art. 177 des Friedensvertrages aufzulösen seien. Der Redner kritisierte die Haltung der Bildung von Freikorps für Oesterreich und erklärte, die L. S. D. habe zum Ministerpräsidenten v. Rahr nicht das Vertrauen, daß er die Entwaffnung der Einwohnerwehren durchführe werde.

Schließlich erklärte Ministerpräsident Dr. v. Rahr gegenüber einer Bemerkung des Vortredes, daß die bayerische Regierung in der Einwohnerwehrfrage Sonderverhandlungen mit Privatpersonen der Entente gepflogen habe und sich besonders Rückversicherungen habe an die Hand geben lassen, alle Schritte, die unternommen worden seien, seien im Einverständnis mit der Reichsregierung unternommen worden. Jegliche besonderen Abkommen und Rückversicherungen kämen nicht in Frage. — Damit schloß die Aussprache.

### Auflösung des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien gefordert

Warschau, 31. Mai. (Ein Drahtbericht.) Der vor kurzem in Oberschlesien gewählte, aus den Vertretern aller deutschen politischen Parteien und Gewerkschaften gebildete Selbstschutzausschuß hat sich als politische Vertretung des von den Invasoren nicht betroffenen Gebietes erklärt. In jedem Falle sollen so bald als möglich gleichartige Aktionsausschüsse eingeführt werden, die vor allen Dingen für die Unterhaltung von Requisitionen, Verhaftungen und Beschwerden für Bevölkerung zuständig sind. Militärischer Beauftragter des Ausschusses bleibt nach wie vor General Hffer. Dieser Ausschuß hat das Amt der Interalliierten Kommission, gemeinsam mit ihr in Verhandlungen mit den Polen einzutreten, abgelehnt unter Berufung auf die Erfahrungen des letzten Aufruhrs. Oesterreich ersuchen nun eine internationalisierte Deputation aus Oesterreich, die die französische Obersten Caput in Oberschlesien veranlasse die Auflösung und Entwaffnung des deutschen Selbstschutzes. Eine Antwort ist darauf noch nicht erteilt worden; doch ist sich der Selbst-

Die Memoiren Suchomlinows werden eine Nachprüfung der Vorgänge erfordern. Es wird interessant sein, sie auf der einen Seite mit den amtlichen Veröffentlichungen zu vergleichen, andererseits wird man sie mit der Schrift des deutschen Botschafters Grafen Vorfalls über seine letzten Verhandlungen in Petersburg, mit den Veröffentlichungen des französischen Botschafters Debole und mit dem, was wir von dem englischen Botschaften Buchanan wissen, in Parallele stellen. Auch die Stimmungen der Petersburger Hofkreise und die Beziehungen zwischen den Hohenzollern und den Romanows werden manche Streiflichter erhaschen. Da die Erinnerungen nicht nur die Vorgeschichte des Krieges behandeln werden, sondern auch ein Lebensbild des Verfassers geben, so werden wir in ein Einzelleben projiziert, ein Stück der russischen Entwicklung seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts erblicken.

ausschluß darüber klar, daß er diese Forderung von vornherein insofern ablehnen müsse, als die Gleichstellung der deutschen Schutzwahl mit den Invasoren auf keinen Fall anerkannt werden könne.

### Böse Blamage der sächsischen Regierung

Dresden, 31. Mai. Die demokratische Fraktion im Sächsischen Landtag hatte eine Anfrage an die Regierung gestellt, ob sie im Reichstag für oder gegen das Reichsgesetz gestimmt habe.

Der Unterrichtsminister Fleißner versuchte in der heutigen Sitzung, sich der Beantwortung der Frage zu entziehen, indem er erklärte, er persönlich würde im Reichstag als Abgeordneter dagegen stimmen. Als man ihm entgegenhielt, daß seine Stellung als Abgeordneter den sächsischen Landtag gar nicht interessiere, mußte der Minister zugeden, daß er nicht wußte, wie der sächsische Vertreter gestimmt habe.

Darauf verlangte der Abg. Dr. Reinhold eine klare Antwort, wie der Minister informiert habe. Der Unterrichtsminister wühlte höchst verlegen in seinem Aktenschränkchen. Schließlich zog er es vor, gar nicht zu antworten, was vom Landtag mit allgemeiner Heiterkeit quittiert wurde. Nur die Unabhängigen waren über das Verjagen ihres Ministers höchst betrübt.

### Modellhäuser für das Wiederaufbaugelände

Paris, 31. Mai. Der Agence Havas zufolge sind gestern nachmittag die Verhandlungen über die Lieferung von 25 000 Holzhäusern zwischen den deutschen und französischen Sachverständigen fortgesetzt worden. Die deutschen Vertreter haben etwa 20 Modelle von Häusern vorgelegt. Die verschiedenen Muster wurden sofort den französischen Vertretern für den Häuserbau in den betroffenen Gebieten sowie den Vertretern der Holzindustrie zur Prüfung weitergegeben. Die deutschen Vertreter haben u. a. angeboten, unentgeltlich einige Modellhäuser der vollkommensten Typen zu errichten, um den französischen Behörden und den interessierten Einwohnern zu ermöglichen, sich ein Bild über die Beschaffenheit der angebotenen Häuser zu machen.

### „Schnelle Erledigung“

Berlin, 31. Mai. Die deutsche Regierung hat am 20. Mai an die Entente eine Note gerichtet, in der sie über das Ausbleiben jeglicher Kohlenlieferung aus Oesterreich klagt. Darauf ist noch keine Antwort eingegangen, obwohl um schnelle Erledigung gebeten worden war.

### Die Finanzhilfe für Oesterreich

London, 30. Mai. Der Finanzausschuß des Völkerbundes hat seine Untersuchung über die finanzielle Wiederaufrichtung Oesterreichs abgeschlossen. Als Grundbedingung erachtet er eine Reform der Währung durch eine Emissionsbank, möglichst baldige Wiederverteilung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und möglichst baldige Mobilisierung einer inneren Anleihe in bestimmter Höhe. Während die Emissionsbank so bald als möglich begründet werden soll, soll die Währungsreform nicht notwendig gleich eingeführt werden. Erste Pflicht der Bank sei, den Wechselkurs zu stabilisieren. Der Ausschuß nimmt Kenntnis von den gegebenen Garantien und ist der Meinung, daß auf dieser Grundlage die finanzielle Wiederaufrichtung Oesterreichs mit vorübergehender Hilfe auf Erfolg unternommen werden kann. Bezüglich vorläufiger Forderungen Oesterreich für die Uebergangsjahre, habe der Ausschuß bestimmte Versicherungen erhalten, daß solche Vorläufe in kurzem unter der Bedingung fertigbar sind, daß die österreichische Regierung ihr finanzielles Reformprogramm durchführt. Die Arbeiten des Ausschusses sind soweit vorgeschritten, um die Wiederverteilung des österreichischen Kredits zu gestalten.

### Amerikas erste Pflicht

Washington, 31. Mai. Oesterreichs Präsident Harding vor laufenden von Johnson eine Ansprache auf dem Staatsfriedhof in Arlington anlässlich des Gedächtnistages für die gefallenen Soldaten und Soldaten, die ihr Leben für das Vaterland hingegen haben. Der Präsident sagte: Während aller Kriege hat sich das Land stets auf der Höhe gezeigt, so wie es die Menschheit von ihm erwartet. Nichtsdestoweniger ist die erste Pflicht, die uns obliegt, die Pflicht gegen unser eigenes Land, und die Art und Weise, wie wir diese Pflicht erfüllen werden, wird der Wertmesser sein für unsere Fähigkeit, anderen zu helfen.

Der Abtransport der Internierten der russischen Sowjetarmee ist seit Anfang Mai ohne Störung erfolgt. Bisher sind rund 30 000 Internierte befördert worden, und man hofft, daß der Abtransport bis Mitte Juni beendet sein wird.